



Niederschrift

6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.02.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:35 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE
Herr Klemund, Andreas	SPD
Frau Knoblich, Hannelore	SPD
Herr Schubert, Mike	SPD
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei

Nicht anwesend sind:

Herr Wartenberg, Claus	SPD	entschuldigt
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Ewers, für den GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Frau Kindelberger, Vorsitzende des Ausländerbeirates
Frau Grasnick, Ausländerbeauftragte
Herr Boede, Frau Bankwitz, Herr Heuer, Stadtverordnete
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Schweers, Jugendamt
Frau Dr. Seemann, FB Kultur und Museum
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
und weitere – siehe Gästeliste

Schriftführerin:

Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2009
- 2 Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/1004
Fraktion DIE LINKE
- 3 Garagenstandortkonzept
Vorlage: 08/SVV/1026
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
09/SVV/0070
Oberbürgermeister, SB Recht
- 5 Beirat Potsdamer Mitte
Vorlage: 08/SVV/1044
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 6 Keine städtischen Mittel für Stadtkanal
Vorlage: 08/SVV/1107
Fraktion DIE LINKE
- 7 Änderung des Beschlusses 08/SVV/1007 zur Fraktionsfinanzierung vom 3.12.08
Vorlage: 09/SVV/0053
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 8 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting
Vorlage: 08/SVV/0969
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Information Russisch-Orthodoxes Gemeindezentrum
- 9.2 Bürgertreff Waldstadt II

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2009

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind alle 13 Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die Unterbringung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Potsdam im öffentlichen Teil zu besprechen und die eigentliche Vorlage zur Vergabe der Leistung im nicht öffentlichen Teil abzustimmen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 5. Sitzung des Hauptausschusses vom 11. Februar 2009 bittet Herr Schröder um eine Klarstellung seiner Ausführungen zum Tagesordnungspunkt 4 „Beirat Potsdamer Mitte“. Er habe diesbezüglich angemerkt, dass durch die Beratung im Beirat die Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung selbstverständlich beeinflusst worden sind. Es sei wichtig, dass kein Verdacht von Korruption in diesem wichtigen Gremium entstehe. Jedes Beiratsmitglied sei im Falle einer Befangenheit selbst dafür verantwortlich, dies anzuzeigen.

Insofern ist der 1. Absatz auf Seite 9 der Niederschrift der 5. Sitzung des Hauptausschusses zu korrigieren und der Beirat Potsdamer Mitte darüber zu informieren.

Weitere Hinweise oder Änderungen werden nicht vorgetragen; die Niederschrift wird mit der von Herrn Schröder vorgetragenen Klarstellung mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Stelle Hochschulbeauftragte/r der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 08/SVV/1004 Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die dazu geführte Diskussion im Ausschuss für Bildung und Sport, die sich seiner Meinung nach aber mehr auf die Aufgaben des Wissenschaftsbeauftragten bezogen habe und deshalb zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die in der Drucksache 08/SVV/1004 beschriebenen Anliegen dort nicht hineinpassen würden.

Der Oberbürgermeister verweist seinerseits auf die im Bereich Wirtschaftsförderung zusätzlich vorgesehene Stelle, mit der u.a. die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen gefördert und begleitet werden solle. Darüber hinaus gebe es den Verein „proWissen“, der von der LHP unterstützt wird, um ebenfalls dem Anliegen des o. g. Antrags zu entsprechen.

Die Frage sei, so Herr Dr. Scharfenberg, inwieweit die Belange des Antrags darin Berücksichtigung finden bzw. definiert werden können. Diese Inhalte, so der Oberbürgermeister können durchaus für die neue Stelle, die bereits in der Haushaltssatzung 2009 eingeplant sei, thematisiert und berücksichtigt werden.

Herr Dr. Scharfenberg bittet um Aufnahme dieser Ausführungen in das Protokoll.

Wenn dies in der Sitzung der nächsten StVV wiederholt werde, habe sich das Anliegen des o. g. Antrags damit erledigt.

zu 3

Garagenstandortkonzept

Vorlage: 08/SVV/1026

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Der Oberbürgermeister informiert eingangs über die zustimmenden Voten der Ausschüsse für Stadtplanung und Bauen sowie Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt anschließend die Ergänzung des Beschlusstextes um einen Punkt 4 und 5.

Der Punkt 4 soll folgenden Wortlaut haben:

4. Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Burgstraße als solcher zu erhalten und den Nutzern ein Miet- oder Kaufangebot zu unterbreiten.

Dies begründe sich in der bereits mehrfachen Erörterung des deutlichen Mangels an Parkplätzen für Bewohner und für Besucher in diesem Gebiet und darin, dass sich diese Situation in der Zukunft noch wesentlich verschärfen werde, wenn die Freilegung des Stadtkanals im Bereich Burgstraße fortschreitet und ca. hundert weitere Parkplätze ersatzlos entfallen.

Der Punkt 5 hat den Wortlaut:

5. Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Kiewitt als solcher zu erhalten und der Garagengemeinschaft ein Kaufangebot zu unterbreiten.

Hier ergebe sich die Begründung daraus, dass die ISES-Planung zwischen der Langen Brücke und der Hoffbauerstraße / Dortustraße lediglich als Option in der StVV bestätigt wurde und diese nun nicht mehr im FNP enthalten sei.

Darüber hinaus habe die Garagengemeinschaft Kiewitt bereits mehrfach ihr Interesse bekundet, die Flächen ihrer Garagen zu erwerben; ein Teil der Fläche der Garagen am Bahndamm sei bereits im Besitz der Garagengemeinschaft.

Herr Schubert spricht sich gegen diese Änderungen aus und merkt an, dass sich die Diskussion erfreulicherweise versachlicht habe. Das jetzt vorliegende Konzept sei nichts „Starres“, sondern könne ggf. der aktuellen Situation angepasst werden.

Herr Goetzmann verweist darauf, dass diese Änderungsanträge bereits im Ausschuss KOUL gestellt worden seien und seitens der Verwaltung darauf verwiesen wurde, dass für den Standort Kiewitt die bisherige Beschlusslage der StVV keine Grundlage für eine derartige Änderung biete. Die Verwaltung habe die Diskussion auf der Grundlage der Beschlüsse der StVV geführt. Sollte sich bezüglich der ISES etwas daran ändern, müsse das Garagenstandortkonzept fortgeschrieben werden. Bezüglich der Burgstraße habe man versucht, eine Kompromissformel zu finden, indem die zu errichtenden Stellplätze vorrangig den bisherigen Nutzern anzubieten sind.

Anschließend werden die Ergänzungsanträge zur Abstimmung gestellt:

Ergänzungsantrag:

4. Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Burgstraße als solcher zu erhalten und den Nutzern ein Miet- oder Kaufangebot zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 8
Stimmenthaltung: 1

Damit ist der Ergänzungsantrag abgelehnt.

Ergänzungsantrag:

5. Abweichend hiervon ist der Garagenstandort Kiewitt als solcher zu erhalten und der Garagengemeinschaft ein Kaufangebot zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 9
Stimmenthaltung: 0

Damit ist der Ergänzungsantrag abgelehnt.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Im weiteren Umgang mit den in städtischem Eigentum befindlichen Garagenstandorten ist entsprechend den Empfehlungen des Arbeitskreises Garagenstandortkonzept (**Anlage 1**) zu verfahren.
2. Abweichend hiervon sind entsprechend der Entscheidung zur DS 08/SVV/0831 die unter dem Titel Tiroler Damm zusammengefassten Standorte für einen Zeitraum von 10 Jahren vertraglich zu sichern. Die durch den Arbeitskreis bestätigte Empfehlung einer Grundstücksneuordnung auf Grundlage eines planerischen Konzeptes ist nicht in Angriff zu nehmen.
3. Etwaige Orientierungen für Gesellschafterbeschlüsse bei der Verwertung von Garagenstandorten, die bereits an die ProPotsdam veräußert worden sind, bleiben der jeweiligen Beratung im Hauptausschuss vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 5

zu 4

**Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam
09/SVV/0070**

Oberbürgermeister, SB Recht

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeister, die Änderungen im einzelnen an Hand der ausgereichten Synopse zu besprechen, erhebt sich kein Widerspruch.

§ 1 – keine Änderungen

§ 2 – Verwendung sowohl der weiblichen als auch der männlichen Form

§ 3

Pkt. 2 b - die vorgeschlagene Formulierung zur Einwohnerversammlung ist bezüglich der Antragsberechtigten zu präzisieren. Der vorzulegende Formulierungsvorschlag soll sich an § 14 Abs. 1 BbgKVerf orientieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Gleiches gilt für Punkt 2 e des Entwurfs der Hauptsatzung.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Gemäß dem Änderungsantrag der Fraktion Grüne/ B 90 ist ein

neuer Pkt. 3

aufzunehmen, der den Einwohnerantrag regelt und folgenden Wortlaut hat:

3. Ein Einwohnerantrag gemäß § 14 Abs. 1 BbgKVerf muss von 2.000 Einwohnern unterschrieben sein. Im Übrigen gelten für Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide die §§ 14 und 15 der Brandenburgischen Kommunalverfassung .

Herr Naber erklärt sein Einverständnis dazu, dass aus dem Vorschlag der letzte Satz gestrichen wird und statt der 2.000 Einwohner 3 % der Einwohner diesen Antrag unerzeichnen müssen.

Der so geänderte Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Ein Einwohnerantrag muss gemäß § 14 Abs. 1 BbgKVerf von 3 % der Einwohner unterschrieben sein.

Abstimmungsergebnis: mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme angenommen.

§ 4 – keine Änderungen

§ 5 – Pkt. 1

Die Änderung mit dem Wortlaut:

Der Migrantenbeirat besteht aus mindestens 7 und höchstens 13 Mitgliedern.

wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

§ 5 – Pkt. 4

Die Änderung des zweiten Satzes mit dem Wortlaut:

Die Wahl erfolgt in Form einer Briefwahl.

wird einstimmig angenommen.

(Der noch aufgeführte Teilsatz – „wird durch die Stadtverordnetenversammlung festgesetzt“ – ist zu streichen.)

§ 7 Pkt. 3

Die vorgeschlagene Formulierung mit dem Wortlaut:

Die Mitglieder werden auf Vorschlag der Organisationen, zu deren Aufgaben die Unterstützung und Vertretung von Menschen mit Behinderungen gehören, von der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 41 BbgKVerf für die Dauer der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung durch Abstimmung benannt. Die Vorschläge sind an den Vorsitzenden/die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung zu richten.

wird mit Stimmenmehrheit angenommen. bei 4 Stimmenthaltungen.

Zu diesem Punkt wird Herrn Puschmann als Vertreter des Seniorenbeirates das Rederecht erteilt. Herr Puschmann äußert sich kritisch zum Verfahren bezüglich der Erarbeitung der neuen Hauptsatzung. Im Weiteren wird die Auslegung des § 19 Abs. 2, letzter Satz diskutiert. Der Oberbürgermeister betont in seinen Ausführungen, dass die Satzung des Beirates wegfalle und die Verfahren in einer zu erlassenden Geschäftsordnung zu regeln seien. Die Stadtverordnetenversammlung müsse die Beiratsmitglieder durch Abstimmung benennen. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf eine seinerseits mit der Kommunalaufsicht geführte Rücksprache und die erteilte Auskunft, dass die StVV in der Hauptsatzung das Verfahren des Zustandekommens des Beirates regeln müsse, aber nicht die personelle Entscheidung. Im Ergebnis der Diskussion sagt der Oberbürgermeister zu, bis zur nächsten Sitzung der StVV eine schriftliche Stellungnahme der Kommunalaufsicht einzuholen. Die Abstimmung erfolgt vorbehaltlich dieser Stellungnahme.

§ 7 – Pkt. 2

Gegen die Änderung des ersten Satzes mit dem Wortlaut:

Dem Beirat gehören **mindestens 5 und höchstens 9 Mitglieder** an. erhebt sich kein Widerspruch.

§ 9 – Pkt 2

Der vorgeschlagenen Wortlaut:

Dem Beirat gehören **mindestens 12 und höchstens 20 Mitglieder** an. Mitglieder des Seniorenbeirates können Personen sein, die das 55. Lebensjahr vollendet haben und ihren Wohnsitz in Potsdam haben. Sie sind ehrenamtlich tätig. **Die Mitglieder werden auf Vorschlag von Organisationen und Vereinigungen, die auf dem Gebiet der Seniorenpolitik tätig sind (Seniorenvereine und –verbände, Seniorengruppen der Parteien, Gewerkschaften, Organisationen und Institutionen und Vereinigungen der Kirchen, von Wohlfahrtsverbänden, Seniorentagesstätten, Altenwohnheimen, Alten- und Pflegeheimen, Seniorentreffpunkten wie altenkreis- oder alterstagesstättenähnlichen Treffpunkte, Altenwohnanlagen, Pensionärs- und Rentengemeinschaften) von der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 41 BbgKVerf für die Dauer der Wahlperiode** der Stadtverordnetenversammlung durch Abstimmung benannt. Die Vorschläge sind an den Vorsitzenden/die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung zu richten.

wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**, bei 2 Stimmenthaltungen.

neu § 10

Die vorgeschlagenen Formulierung eines neuen § 10 mit dem Wortlaut:

§ 10 Entsendung von Beiratsmitgliedern in Ausschüsse

Die Mitglieder der Beiräte im Sinne der §§ 5 bis 9 dieser Hauptsatzung können zu sachkundigen Einwohnern/innen in Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung berufen werden.

wird mit Stimmenmehrheit **angenommen**, bei 1 Stimmenthaltung.

Herr Dr. Scharfenberg bittet, die Aussage des Oberbürgermeisters, dass diese sachkundigen Einwohner zusätzlich zu berufen sind, in das Protokoll aufzunehmen.

§ 12 – neuer Pkt. 3

Zum Vorschlag der Fraktion SPD, in den § 12 einen neuen Punkt 3 mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

3. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet über Gesellschaftsverträge von Gesellschaften, an denen die Landeshauptstadt Potsdam direkt oder indirekt beteiligt ist, sowie über die Entsendung von Stadtverordneten in die Aufsichtsräte oder Beiräte dieser Gesellschaften.

äußert Herr Exner Bedenken und schlägt vor, eine abgeänderte Formulierung bis zur nächsten Sitzung der StVV vorzulegen. Im Ergebnis der Diskussion wird die o. g. Textfassung zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **angenommen**.

§ 14 – neuer Pkt. 3

Neben der Korrektur der Nummerierung der Absätze ist ein neuer Punkt 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

3. Der Hauptausschuss entscheidet über Angelegenheiten, die nicht in der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung bedürfen und die nicht dem Oberbürgermeister obliegen.

der einstimmig **angenommen** wird.

Im Punkt 4 ist die Zahl **50.000 auf 150.000** zu korrigieren – dies wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

§ 18 – geänderter Abs. 1

Der Vorschlag der Fraktion Grüne/ B 90, den Absatz 1 mit folgendem Wortlaut zu ändern:

Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet auf Vorschlag des Oberbürgermeisters in den Angelegenheiten der Fachbereichsleiter über

- **das Ergebnis des Bewerberauswahlverfahrens**(weiter wie im Entwurf aufgeführt)

wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen **angenommen.**

§ 13 – Pkt. 7

Frau Krusemark macht darauf aufmerksam, dass die jetzt enthaltene Regelung zur Veröffentlichung der Tagesordnung der Ausschüsse schwer umsetzbar und mit hohen Kosten verbunden sei. Da die Veröffentlichung im Schaukasten im Foyer des Stadthauses durch die Kommunalaufsicht bemängelt wurde, schlägt sie vor, diesen Schaukasten vor dem Stadthaus aufzustellen. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Scharfenberg regt im Weiteren an, die bisherigen Regelungen zum Akteneinsichts- und Petitionsrecht auch in die neue Fassung der Hauptsatzung aufzunehmen. Herr Exner spricht sich dagegen aus, weil dies im Gesetz geregelt sei. Eine Aufnahme in die Hauptsatzung bedeute, dass bei jeder Gesetzesänderung auch die Hauptsatzung geändert werden müsse.

Der Vorschlag von Herrn Dr. Scharfenberg wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: mit 6 Nein-Stimmen, bei 4 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen **abgelehnt.**

Die so geänderte Fassung der Hauptsatzung wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis: mit 9 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **angenommen.**

Herr Dr. Scharfenberg merkt abschließend an, dass sich die Fraktion DIE LINKE vorbehalte, weitere Änderungsanträge in der Sitzung der StVV zu stellen.

zu 5 Beirat Potsdamer Mitte

Vorlage: 08/SVV/1044

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diesen Antrag zurückzustellen und gemeinsam mit dem Antrag 09/SVV/0173, „Gestaltungsbeirat“, der Fraktion Grüne/ B 90 zu behandeln, der für die nächste Sitzung der StVV eingereicht wurde.

Herr Boede erklärt sich mit diesem Verfahren namens der Antragsteller einverstanden.

zu 6 Keine städtischen Mittel für Stadtkanal

Vorlage: 08/SVV/1107

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister informiert über die ablehnenden Voten der Ausschüsse Finanzen und Stadtplanung und Bauen.

Herr Dr. Scharfenberg verweist anschließend darauf, dass es Einigkeit in der StVV darüber gegeben habe, keine städtischen Mittel für den Stadtkanal zu verwenden, sondern ihn ausschließlich mit Fördermitteln und Sponsorengeldern wieder herzustellen. Die dafür notwendigen Sanierungsarbeiten könne man so einordnen, wie entsprechende Gelder zur Verfügung stehen und freiwerdende

Haushaltsmittel anderweitig verwenden. Das Argument, dass der Eigenanteil der Stadt zur Akquirierung von Fördermitteln nicht aus Sponsorengeldern finanziert werden dürfe, nehme seine Fraktion zur Kenntnis; bleibe aber bei ihrem Antrag. Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass die zur Verfügung gestellten Mittel für die Sanierung des Stadtkanals zu 40 % vom Bund und zu 40 % vom Land zur Verfügung gestellt werden; die Stadt müsse dafür einen Eigenanteil von 20 % aufbringen. Die Finanzierung dieser Eigenmittel aus Sponsorengeldern wurde vom Ministerium eindeutig versagt.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Es werden keine städtischen Mittel für die Freilegung des Stadtkanals zur Verfügung gestellt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Haushalt 2009 keine städtischen Mittel für die Freilegung des Stadtkanals einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 9

Stimmhaltung: 0

Damit ist der Antrag abgelehnt.

zu 7 Änderung des Beschlusses 08/SVV/1007 zur Fraktionsfinanzierung vom 3.12.08

Vorlage: 09/SVV/0053

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister verweist auf den Diskussionsstand aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses und bittet, die neu vorliegenden Änderungsanträge einzubringen.

Frau Dr. Müller bringt den Änderungsantrag namens der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut ein:

Der Beschlusstext wird im Punkt 1 wie folgt geändert:

Die für die Fraktionsfinanzierung zur Verfügung zu stellenden Mittel sind im Haushalt, Konto 5492000, einzustellen.

Von diesem Betrag wird ein Anteil von 30 % als Sockelbetrag zu gleichen Teilen auf alle Fraktionen aufgeteilt.

70 % des Betrages werden als Pro-Kopf-Betrag derart auf die Fraktionen aufgeteilt, dass diese mit der Zahl der Fraktionen multipliziert und durch die Gesamtzahl der Mitglieder der Fraktionen dividiert wird.

Darüber hinaus erhalten Zusammenschlüsse von Stadtverordneten, die keinen Fraktionsstatus erlangen (Gruppen,) den gleichen Pro- Kopf- Betrag wie Mitglieder von Fraktionen.

Aus der Summe von Sockelbetrag und Pro-Kopf-Betrag ergibt sich die jährliche Zuweisung an die Fraktionen und Gruppen.

Sie betont, dass der Änderungsantrag aus der letzten Hauptausschusssitzung aufrecht erhalten und favorisiert werde.

Anschließend bringt Herr Teuteberg den Änderungsantrag der Fraktion FDP/Familienpartei mit folgendem Wortlaut ein:

Zur Sicherung des sächlichen und personellen Aufwandes der Gruppen der Stadtverordnetenversammlung Potsdam werden folgende Regelungen getroffen:

- 1. Für die finanzielle Ausstattung der Gruppen wird zusätzlich zur Fraktionsfinanzierung die Gruppenfinanzierung im Haushalt eingestellt.**
- 2. Es wird ein Pro-Kopf-Betrag in Höhe von 340,00 Euro derart auf die Gruppen aufgeteilt, dass dieser mit der Mitgliederzahl der jeweiligen Gruppe multipliziert wird.**
- 3. Die Zuwendungen werden monatlich anteilig bis spätestens zum 5. des jeweiligen Monats auf die Gruppenkonten überwiesen. Bei Vorlage eines genehmigten Haushaltes ist eine quartalsweise Überweisung möglich.**
- 4. Der Nachweis zur Verwendung der finanziellen Mittel ist für das Vorjahr bis zum 31. Januar jedes Jahres dem Oberbürgermeister unaufgefordert vorzulegen. Bei fehlendem Verwendungsnachweis wird die Zahlung weiterer finanzieller Mittel so lange eingestellt, bis dieser dem Oberbürgermeister vorliegt.**
- 5. Gruppen dürfen Rücklagen bilden. Die Summe aus diesen und den per 31. Dezember eines Jahres nicht verausgabten Mitteln aus städtischen Zuweisungen dürfen 5 % der jährlichen Barzuweisung nicht überschreiten und sind jährlich mit dem Verwendungsnachweis anzugeben.**
- 6. Im Weiteren wird den Gruppen seitens der Verwaltung ein Kopierer zur gemeinschaftlichen Nutzung mit den Fraktionen überlassen. Die Leasingkosten sind im Rahmen der inneren Verrechnung durch das Büro der StVV zu tragen; die Abrechnung der Kosten erfolgt nach Anzahl der Kopien für jede Gruppe gesondert.**
- 7. Gegenstände, die aus Barmitteln beschafft werden, sind in ein Bestandsverzeichnis einzutragen, das mit dem Verwendungsnachweis jährlich vorzulegen ist. Die Gegenstände bleiben Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam.**

Herr Schröder spricht sich dafür aus, die erhöhte Anzahl der Mitglieder der StVV zu berücksichtigen und deshalb die bisherige Berechnungsgrundlage aus der vergangenen Wahlperiode, also die im Haushalt eingestellten 320.000 Euro, um den Anteil der zusätzlichen 6 Stadtverordneten aufzustocken. Die Mitglieder der StVV, die Gruppen angehören, sollen ebenfalls einen Pro-Kopf-Betrag erhalten. Herr Schubert und Herr Naber sprechen sich dagegen aus, da der bisherige Finanzsockel ausreichend sei. Herr Naber betont nachdrücklich, dass mit dem vorliegenden Antrag nur die Art der Verteilung und nicht die Höhe des Haushaltspostens beschlossen werde.

Herr Boede führt aus, dass es für ihn relativ egal sei, auf welcher Grundlage die Gruppen an der Finanzierung beteiligt werden. Für „Die Andere“ sei es wichtig, die Zuwendungen auch rückwirkend zu erhalten, um somit ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können, die sonst die Stadt übernehmen müsste.

Anschließend werden die vorliegenden Änderungsanträge abgestimmt:

Änderungsantrag des Stadtverordneten Schwemmer, DVU, mit folgendem Wortlaut:

- 1. Der verbleibende Teil in Höhe von 70 % der zur Verfügung stehenden Mittel wird als Pro-Kopf-Betrag derart auf Fraktionen und Zusammenschlüsse von Stadtverordneten, die keinen Fraktionsstatus erlangen (Gruppen) und**

Einzelstadtverordnete aufgeteilt, dass dieser mit der Zahl der Mitglieder der Fraktionen, Gruppe **und Einzelstadtverordneten** multipliziert und durch die Gesamtzahl der Mitglieder von Fraktionen, Gruppen **oder Einzelstadtverordneten** dividiert wird. Aus der Summe von Sockelbetrag und Pro-Kopf-Betrag ergibt sich die jährliche Zuweisung an die Fraktionen und Gruppen. **Einzelstadtverordnete erhalten nur den Pro-Kopf-Betrag.**

- Die Fraktionen, Gruppen **und Einzelstadtverordneten** haben gesonderte Konten zu führen. Die Zuweisungen werden monatlich anteilig bis spätestens 5. des jeweiligen Monats auf diese Konten überwiesen. Bei Änderungen in der Zahl der Mitglieder von Fraktionen, Gruppen **und Einzelstadtverordneten** ist die Zuweisung neu zu berechnen. Die geänderte Zuweisung erfolgt in dem Monat, in dem die Änderung eingetreten ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 13
Stimmenthaltung: 0

Änderungsantrag der Fraktion FDP/Familienpartei (siehe oben):

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 8
Stimmenthaltung: 0

Änderungsantrag Die Andere mit folgendem Wortlaut:

Der letzte Satz entfällt und wird durch folgenden Absatz ersetzt: Dieser Beschluss gilt rückwirkend ab Geltung des Ausgangsbeschlusses. Bislang auf Grund der alten Beschlusslage nicht an die Gruppen Die Andere und BürgerBündnis erfolgte Zahlungen bzw. auf dieser Basis getätigte Mehrzahlungen an die Fraktionen werden innerhalb des Haushaltsjahres 2009 verrechnet und ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 6

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE (siehe oben)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 6
Stimmenthaltung: 0

Anschließend wird die geänderte DS zur Abstimmung gestellt.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In dem Beschluss der 3. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zur Fraktionsfinanzierung vom 3. Dezember 2008 werden die Punkte 1 und 2 wie folgt neu gefasst:

- 1. Die für die Fraktionsfinanzierung zur Verfügung zu stellenden Mittel sind im Haushalt, Konto 5492000, einzustellen.
Von diesem Betrag wird ein Anteil von 30% als Sockelbetrag zu glei-**

chen Teilen auf alle Fraktionen aufgeteilt.

70% des Betrages werden als Pro- Kopf- Betrag derart auf die Fraktionen aufgeteilt, dass diese mit der Zahl der Fraktionen multipliziert und durch die Gesamtzahl der Mitglieder der Fraktionen dividiert wird.

Darüber hinaus erhalten Zusammenschlüsse von Stadtverordneten, die keinen Fraktionsstatus erlangen (Gruppen) den gleichen PRO-Kopf- Betrag wie Mitglieder von Fraktionen.

Aus der Summe von Sockelbetrag und Pro- Kopf- Betrag ergibt sich die jährliche Zuweisung an die Fraktionen und Gruppen.

2. Die Fraktionen und Gruppen haben gesonderte Konten zu führen. Die Zuweisungen werden monatlich anteilig bis spätestens 5. des jeweiligen Monats auf diese Konten überwiesen. Bei Änderungen in der Zahl der Mitglieder von Fraktionen oder Gruppen ist die Zuweisung neu zu berechnen. Die geänderte Zuweisung erfolgt in dem Monat, in dem die Änderung eingetreten ist.

Dieser Beschluss wird zum 1. Januar 2009 wirksam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

zu 8 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting

Vorlage: 08/SVV/0969

Fraktion FDP/Familien-Partei

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt, da der Ausschuss für Finanzen noch nicht abschließend beraten hat.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

neu Unterbringung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Potsdam

Frau E. Müller gibt einen Sachbestandsbericht zur o. g. Thematik und erläutert die bis dato unternommenen Aktivitäten und Gespräche. Wie bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses verabredet, wurde am 16. Februar 2009 eine Bürgerversammlung am Schlaatz durchgeführt, die sehr gut besucht war und in der das Vorhaben über 2 Stunden intensiv diskutiert wurde. Man habe die Bedenken, Sorgen und Befürchtungen der Bürger am Schlaatz sehr gut aufnehmen können. Andererseits wurde aber auch die Forderung der Bewohner deutlich, diesen Stadtteil positiv darzustellen und ihm eine höhere Aufmerksamkeit und Anerkennung zukommen zu lassen. Sie sei sich sicher, dass der Stadtteil die Integration des Asylbewerberheims leisten könne. Bezüglich der angefragten Sicherheitsproblematik habe Herr Marschall entsprechende Angebote unterbreitet. Im Weiteren sei eine zweite Bürgerversammlung nach Beschlussfassung durch den Hauptausschuss geplant und werde es Besprechungen mit den vor Ort ansässigen Trägern geben, um zu klären, wie die Integration sichergestellt, das Stadtteilkonzept manifestiert und zur Umsetzung gebracht werden könne. Ebenso sei das Bürgerhaus mit zahlreichen Aktivitäten, wie z. B. Nachbarschafts- und

Hoffeste, vertreten und gebe es Gespräche mit Schul- und Kita-Einrichtungen. Bezüglich der diskutierten Raumaufteilung in der neuen Unterkunft am Schlaatz informiert Frau E. Müller, dass eine Gesamtfläche von 2.503 m² zur Verfügung stehe sowie 56 1 ½ -Raum-Wohnungen und 9 2 ½ -Raum-Wohnungen. Im Lerchensteig konnte jede Person einen Raum nutzen, weil das Heim für wesentlich mehr Flüchtlinge konzipiert war.

Die Unterkünfte am Schlaatz verfügen im Weiteren über jeweils eine abgeschlossene Küche und Sanitärräume, die ÖPNV-Anbindung sei bekanntermaßen sehr gut, ebenso die fußläufige Erreichbarkeit von Versorgungs- und Kindereinrichtungen. Auch stehe eine größere Außenfläche zur Verfügung und sei die Unterkunft barrierefrei. Mit dem Umzug folge die Stadt dem Integrationskonzept; verfolge aber weiterhin das Ziel, Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen. Derzeit leben 78 Flüchtlinge in Wohnungen.

Die Äußerungen von Flüchtlingen, nicht umziehen zu wollen, sei auch erklärbar, weil dies eine neue Situation, eine neue Umgebung und vieles andere mehr mit sich bringe.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass Einigkeit darüber herrsche heute eine Entscheidung zu treffen. Dabei müsse aber deutlich werden, dass die Stadt eine Verpflichtung zur Entwicklung des Wohngebietes übernehme und das auch über die im Beschlussvorschlag enthaltenen 62.000 Euro hinaus. Die Diskussion um den Umzug des Asylbewerberheims wurde sehr an dem Brief der pbg und der Reaktion des Ausländerbeirates darauf festgemacht. Er habe sich sehr darüber gefreut, dass von beiden Seiten Gesprächsbereitschaft signalisiert wurde und am heutigen Vormittag ein Gespräch stattgefunden habe. Das Signal sei deutlich gegeben worden, dass man miteinander reden, die Bedenken des anderen aufnehmen und ins Gespräch kommen müsse.

Herr Schubert betont, dass er den von Frau E. Müller geschilderten Eindruck der Bürgerversammlung teile, was Hoffnung für eine erfolgreiche Integration des Asylbewerberheims am Schlaatz mache. Die Fraktion SPD werde der Vorlage der Verwaltung deshalb auch zustimmen. Bezüglich der Kritik der zu kleinen Räumlichkeiten bittet er um eine Stellungnahme des Trägers.

Frau Dr. Müller nimmt Bezug auf die in den Ausführungen von Frau E. Müller erwähnten Funktionsräume und fragt, ob damit Gemeinschaftsräume für die Bewohner gemeint seien. Eine weitere Frage ihrerseits bezieht sich auf die Organisation und Gestaltung eines reibungslosen Trägerwechsels.

Herr Naber führt aus, dass er sich freue, wenn auch weiterhin die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen verfolgt werde und er es für wichtig halte, deren Vorzüge herauszustellen. Die jetzt geführte Diskussion habe die Wohnsituation und Lage der Flüchtlinge in den Focus der Öffentlichkeit gerückt und Probleme deutlich gemacht. Anliegen müsse es sein, die Situation zu evaluieren und weiter im Gespräch zu bleiben.

Anschließend beantwortet Herr Kankarowitsch für den Träger des Asylbewerberheims die Fragen und betont eingangs, dass sich das Diakonische Werk Potsdam mit der Abgabe des Angebots auch der Verantwortung für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge bewusst gewesen sei. Deshalb stelle man sich gern der Diskussion und den Fragen, die es gebe und noch geben werde. Bezüglich der Vergabe der Räume sei geplant, die kleinen Wohnungen mit zwei Personen und die großen Wohnungen mit 3 Personen zu belegen. Das bedeute, dass 2 einzelreisende Fremde sich eine kleine Wohnung teilen müssen und die größeren Wohnungen für Familien vorgehalten werden. Reiche das für Familien nicht aus, könne eine zweite kleinere Wohnung mit zur Verfügung gestellt werden. Die Kapazität am Schlaatz reiche für 160 Personen; derzeit unterzubringen seien 150. Mit den Flüchtlingen werde der Träger am kommenden Montag sprechen, vorausgesetzt, der Beschluss zur Vergabe werde heute durch den Hauptausschuss gefasst. Gemeinschaftsräume stehen im Keller zur Verfügung, wobei die

Räume einen Meter unter der Geländekante liegen und mit normalen großen Fenstern ausgestattet seien. Neben einem Raum für ca. 50 Personen stehen Sanitäreinrichtungen, eine Teeküche, ein Computerraum/Internetkaffee, ein kleiner Werkstattbetrieb entsprechend der Bedürfnisse der Flüchtlinge und ein großer Waschmaschinenraum zur Verfügung. Zum Termin des Umzugs und zum Modus wurden noch keine abschließenden Gespräche geführt; der Gesprächsfaden mit der AWO als ehemaligem Betreiber sei derzeit noch nicht geknüpft.

Herr Schröder betont, dass die Fraktion CDU/ANW die öffentlich geführte Diskussion für sehr wichtig erachte; es ihm persönlich aber lieber gewesen wäre, wenn die Fraktionen vor der Presse eine Information erhalten hätten, um besser agieren als nur reagieren zu können. Er meine, die Integrationsleistungen der Stadt seien gut und das habe sie sowohl in der Kirschalle als auch in der Turmstraße unter Beweis gestellt, so dass das auch am Schlaatz gelingen werde. Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der DVU stelle sich die Frage nach einem Sicherheitskonzept, um nicht zuletzt die Sicherheit der Heimbewohner zu gewährleisten. Wichtig sei, mit dem Beschluss nicht einen „Haken“ unter das Projekt zu machen. Herr Kankarowitsch entgegnet, dass es im Haus selbst eine 24-Stunden-Präsenz durch Angestellte bzw. Sicherheitskräfte geben werde und darüber hinaus einen gestuften Sicherheitsplan, um die Ordnung im Haus selbst zu gewährleisten und zum Schutz vor evtl. Übergriffen.

Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Schröder stellt Herr Dr. Scharfenberg fest, dass mit der gefällten Entscheidung die Arbeit erst richtig „losgehe“ und er sich deshalb für eine monatliche Berichterstattung zu dieser Thematik im Hauptausschuss ausspreche.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, welche Zeitschiene für die nächste Bürgerversammlung vorgesehen sei, antwortet Frau E. Müller, dass dies abhängig von der Beschlussfassung schnellstmöglich – evtl. schon in der nächsten Woche erfolgen werde. Frau Dr. Müller regt eine differenzierte Arbeit mit den Bewohnern am Schlaatz an, da es doch sehr unterschiedliche Sichten, Interessen und Ängste gebe, z. B. zwischen jüngeren und älteren Bewohnern. Der Oberbürgermeister meint, dass er zentrale Informationsveranstaltungen für wichtig erachte, in denen u. a. die Strategien der Umsetzung besprochen werden und daran anschließend kontinuierliche Kommunikationsprozesse. Herr Schubert verweist auf die Forderung aus der letzten Bürgerversammlung, die Diskussion auch weiterhin in großer Runde zu führen.

Herr Boede dankt Frau E. Müller für die diesbezügliche Arbeit der letzten Jahre, einschließlich der Erarbeitung des Integrationskonzeptes. Er meine, der Schlaatz benötige einen Ansprechpartner, ein Büro, wo sich die Leute hinwenden könnten, das mit einer stadtbekanntem Person besetzt sei. Dies, so der Oberbürgermeister, füge sich in das Konzept für einen Stadtteilmanager ein. Er betont nachdrücklich, dass die Verlagerung des Asylbewerberheims nichts mit der Arbeit der AWO zu tun habe, die in den vergangenen Jahren diesbezüglich eine hervorragende, engagierte Arbeit geleistet habe, wofür er sich ausdrücklich bedanken wolle.

zu 9.1 Information Russisch-Orthodoxes Gemeindezentrum

Der Oberbürgermeister informiert über Gespräche, die in dieser Woche bezüglich der Puschkinallee 17 geführt worden seien. Eine Nutzung als Russisch-Orthodoxes Gemeindezentrum sei denkbar; allerdings habe es sich bestätigt, dass die Räume derzeit noch genutzt werden.

Herr Dr. Scharfenberg fragt, ob damit die Möglichkeit bestehe, den Beschluss der StVV noch in diesem Jahr umzusetzen. Dies, so der Oberbürgermeister, werde in weiteren Gesprächen geklärt; sollte dieses Objekt als Gemeindezentrum genutzt werden, seien noch Umbaumaßnahmen in nicht unerheblichem Maße erforderlich. Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, ob damit der Standort auf dem Fried-

hof „ad acta“ gelegt werde, entgegnet der Oberbürgermeister, dass die Stadt auf eine Stellungnahme des Landes warte - das Land wiederum wolle, dass ein Bauantrag gestellt werde, wovon er allerdings nichts halte. Die Stadt habe eine Bauvoranfrage gestellt und wolle darauf auch eine Antwort. In der nächsten Hauptausschusssitzung werde er erneut über den Sachstand informieren.

zu 9.2 Bürgertreff Waldstadt II

Frau Ewers informiert über einen am heutigen Tag geschlossenen Mietvertrag, der am 1. März für 10 Monate in Kraft trete.

neu Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Gegenstand der Beratung, so der Oberbürgermeister, sei u.a. der Beschluss der StVV zur Internetpräsenz der Ortsteile gewesen. Hier gebe es unterschiedliche Bedürfnisse, was auch von der Größe der einzelnen Ortsteile und dem Engagement in den Ortsteilen abhängig sei. Einigkeit bestand darüber, einen Standard einzuführen, der für alle gleich sei und wichtige Daten und Informationen, z. B. über Veranstaltungen, anbiete. In einer zweiten Stufe sei auch die Kommunikation über das Internet möglich, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich jemand im Ortsteil selbst darum kümmere. Als dritter Schritt sei die Etablierung eines Internetforums möglich – aber auch hier bedarf es einer Person, die das regelmäßig koordiniert und sich darum kümmere.

Im Weiteren wurden die geplanten Investitionen in den Ortsteilen angesprochen und festgelegt, dass der Geschäftsbereich Stadtentwicklung und Bauen sowie der KIS in die Ortsbeiratssitzungen gehen und diese erläutern sollen.

neu Sonstiges

Frau Dr. Schröter fragt nach dem Stand der Ausschreibung der Personalstellen für die Schiffbauergasse. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass man sich entschieden habe die Personal- und Sachmittel zusammenzufassen und insgesamt als Dienstleitung zu vergeben, um damit größtmögliche Effekte für ein Standortmanagement in der Schiffbauergasse zu ermöglichen; eine entsprechende Vorlage sei in Vorbereitung.

Auf die Nachfrage von Frau B. Müller nach der dafür vorgesehenen Zeitschiene antwortet er, dass der Vorschlag in der nächsten Hauptausschusssitzung vorgelegt werde.

Bezug nehmend auf die ausgereichte Vorlage 09/SVV/0198 - Förderung von Investitionen in nationale UNESCO Welterbestätten - fragt Frau Dr. Schröter, ob die angefügte Liste einem Ranking entspreche. Dies verneint der Oberbürgermeister; es handele sich um einen mit dem Land abgestimmten Vorschlag. Diese Liste sei sehr umfangreich und werde sicher nicht in vollem Umfang umgesetzt. Da die Auswahl nach bestimmten Kriterien erfolge, bestimmen diese dann auch die Reihenfolge der Projekte, um somit möglichst schnell und viel abarbeiten zu können.